



Stellungnahme zum Antrag Nr. AT/0090/2022

Vorlage: ST/0095/2022		Datum: 13.07.2022	
Dezernat 1			
Verfasser:	80-Amt für Wirtschaftsförderung	Az.:	
Betreff:			
Stellungnahme zum Antrag der FDP-Fraktion: Stärkung des Fördermittelmanagements			
Gremienweg:			
21.07.2022	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP	öffentlich	

Stellungnahme:

Die Fragen zum Antrag können wie folgt beantwortet werden.

Das Konzept zum Aufbau eines verbesserten Fördermittelmanagements wurde verwaltungsintern erstellt.

Ein zentrales Fördermittelmanagement mit Schwerpunkt EU-Mittel wird vor dem Hintergrund eingerichtet, dass die Komplexität der Fördermittellandschaft und der spezifischen Anforderungen an die Antragstellung und Umsetzung von geförderten Projekten stetig zunimmt. Koblenz ist in geschätzten 150 Programme von Bund, Land und EU förderberechtigt. Daran verknüpft sind arbeits- und prüfungsintensive Fördervoraussetzungen.

Das Konzept des ZFM bezieht sich auf die Erfahrungen der EU-Stelle beim Amt für Wirtschaftsförderung der letzten 15 Jahre, resultierend aus den EU-Projekterfahrungen, des Betriebes des Europe Direct Büros und den Erfahrungen aus EU-bezogenen Arbeitskreisen. Das ZFM soll als Ergänzung zu den Fördermittelstellen der Fachämter gesehen werden, nicht als Konkurrenz. Auf die Erfahrungen von Schlüsselpersonen in den Fachämtern bei Bundes- und Landesmitteln wird weiterhin gesetzt. Die Fördermittelakquise von EU-Mitteln soll vorrangig seitens des ZFM vorangetrieben werden, die operative Umsetzung des Förderzwecks findet in den Fachämtern statt.

Innerhalb der letzten Jahre hat der Stellenwert von Drittmitteln insbesondere vor dem Hintergrund von Konsolidierungsbemühungen stetig zugenommen. Gleichzeitig zeigen Teile der Verwaltung eine skeptische Haltung gegenüber der Drittmittelbeschaffung und -abwicklung. Das ZFM entlastet die Fachämter bei Akquise, Antragstellung und Durchführung, damit die Drittmittelbeschaffung intensiver angegangen werden kann und letztlich die Kompetenz der Gesamtverwaltung gesteigert wird.

Die strategische Ausrichtung der Fördermittelakquise passt sich dabei sich ändernden Rahmenbedingungen an. Als wesentliche Bindeglieder zwischen dem ZFM und den Fachämtern dienen einerseits die Fördermittelberatung basierend auf Bedarfsermittlung- und -abfrage, andererseits eine IT-basierte Datenbank für Förderprojekte.

Das Konzept wurde über sieben parallellaufende Ansätze entwickelt:

- Die **Fördermittelakquise** durch gezielte Fördermittelsuche ist der übergeordnete Ansatz. Es sollen sowohl Fördermittel für Projekte gefunden werden, als auch mögliche Projekte zu ausgeschriebenen Fördermitteln.
- Um den konkreten **Unterstützungsbedarf** anhand prioritärer und strategischer Themenfelder innerhalb der Stadtverwaltung zu ermitteln, führt das Fördermittelmanagement regelmäßig Gespräche mit Schlüsselakteuren der städtischen Dienststellen und Gesellschaften und den Gremien.
- Als wesentliches Element der Wissensbündelung dient der Aufbau einer **Datenbank** über vergangene, geplante und laufende Förderprojekte innerhalb der Stadtverwaltung
- Darüber hinaus baut es bestehende Kontakte für die Stadt Koblenz Landes-, Bundes- und Europaweit aus um. Ziel ist es, auf ein **Netzwerk für Fördermittel** auf allen Ebenen zugreifen zu können und passende Unterstützungsleistungen zu erhalten.
- Die **Fördermittelberatung** für Antragsteller innerhalb Stadtverwaltung mit größtmöglicher Unterstützung. Das Maß der Unterstützung für externe Antragsteller wird im Einzelfall beurteilt.
- Das zentrale Fördermittelmanagement dient auch als Koordinierungsstelle bei **transnationalen Projekten**, bei denen ein hohes Mass an europäischem Sachverstand gefordert ist.
- Als Querschnittsansatz soll langfristig soll die **europäische Kompetenz** innerhalb der Verwaltungsmitarbeiter z.B. durch Seminare und Erasmus-Projekte gesteigert werden.

Grundprinzipien der abgestimmten Verwaltung:

Das ZFM strebt sowohl innerhalb der Stadtverwaltung als auch nach außen ein abgestimmtes Vorgehen mit Blick auf die Beteiligung an EU-Projekten an.

Informationsaustausch und übergreifende Rückkopplung sind daher notwendig, um eine Antragstellung erfolgreich auf den Weg zu bringen. Ein weiterer Grundsatz für die Unterstützungsarbeit ist die Bedarfsorientierung bei gleichzeitiger Schnittstellendefinition und Aufgabenabgrenzung.

Der innerstädtische Informationsaustausch sowie die frühzeitige Abstimmung zwischen Arbeits-, Führungs- und Dezernatsebene sind grundlegend für die strategische Ausrichtung der EU-Fördermittelakquise.

Für das ZFM ist es wesentlich, über aktuelle Prioritäten und Vorhaben der städtischen Dienststellen und Gesellschaften informiert zu sein, nur so können EU-Förderinformationen zielgerichtet weitergeleitet werden. Auch sollte das ZFM – selbst wenn kein Unterstützungsbedarf besteht – über eingehende Partneranfragen und (geplante) Projektbeteiligungen informiert werden. Während der Sondierungsphase von EU-Fördermittel wird der Austausch mit Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern in einzelnen Ämtern, Dienststellen und Gesellschaften intensiviert und nach Bedarf ausgeweitet. So kann zudem sichergestellt werden, dass die Stadt sich koordiniert zu externen Anfragen positioniert.

Eine regelmäßig durch das ZFM organisierter „Runder Tisch EUROPA“ könnte als zentrale Plattform für die städtische Europaarbeit und damit auch für den Informations- und Erfahrungsaustausch zu EU-geförderten Projekten. Hierzu eingeladen werden sollte neben den Hauptakteuren für ESF und EFRE-Mittel auch die Städtepartnerschaften und ausgewählte NGOs.

Da die Fachämter über einen sehr unterschiedlichen Erfahrungsstand in der Arbeit mit EU-Projekten verfügen, bietet das ZFM abgestimmte Angebote an, die von der Erstinformation bis zur detaillierten Arbeit an konkreten Projektanträgen reichen kann.

Die Unterstützung der Zentralen EU-Förderberatung ist eng an den Bedarfen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgerichtet.

Die Fachämter nehmen unterschiedliche Rollen in der EU-Projektarbeit wahr – federführend in fachlichen Belangen und als Finanzierungspartner. Das ZFM informiert vorbereitend und unterstützt bei der Antragstellung, während die städtischen Projektpartner für die Antragsinhalte zuständig sind. Nach der Bewilligung wird das Projekt von den Fachämtern gemeinsam mit dem ZFM eigenständig und mit allen administrativen Verpflichtungen umgesetzt. Um EU-Projekte vorschriftsgemäß umzusetzen, geht das ZFM alle formalen Anforderungen zum Projektstart durch und klärt eventuelle Unsicherheiten.

Um einen regelmäßigen und systematischen Überblick zu erhalten, führt das ZGM regelmäßig Abfragen zu geplanten, laufenden und abgeschlossenen EU-Projekten durch und pflegt eine Datenbank.

Das ZFM richtet sein Angebot an den eigenen personellen Kapazitäten und finanziellen Möglichkeiten aus, um kontinuierlich unterstützend tätig sein zu können. Es ist wichtig, dass während der Antragstellung Klarheit über die jeweilige Rolle und Verantwortlichkeiten der städtischen Projektpartner besteht.

Mittel- bis langfristig sollen die Kompetenzen im Bereich des EU-Projektmanagements in den städtischen Einheiten, wie oben beschrieben, ausgebaut und gestärkt werden.

Die Vernetzung auf städtischer, regionaler, bundes- und europaweiter Eben ist essentiell, um Erfahrungen auszutauschen, neueste Entwicklungen aufzugreifen und sich in relevante Diskussionen einzubringen.

Die Implementierung war leider bislang nicht möglich, da es in zwei Ausschreibungsrunden leider nicht gelungen ist die Stelle dauerhaft zu besetzen. Zudem ist der in diesem Bereich tätige Beschäftigte im Frühjahr 2022 schwer erkrankt.

Genau dies war und ist das Ziel, dass zur Genehmigung der Stelle zum Stellenplan 2021 führte. Durch die Begründung des Know-how zum Thema Förderung und den Aufbau eines Netzwerks soll die Generierung von Fördermitteln auf allen Förderebenen auf- und ausgebaut werden.

Beschlussempfehlung:

Verweisung in den Haupt- und Finanzausschuss.